

Integration statt Ausgrenzung: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! - Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Im Europäischen Jahr für Menschen mit Behinderung hat sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt zwei Schwerpunkte gesetzt. Einer davon ist die Integration von Kindern mit Behinderung in der Schule der andere barrierefreier Tourismus.

Seit Jahren ist die gesellschaftliche Integration behinderter Menschen unser politisches Anliegen. Kein Kind darf aufgrund einer Behinderung in seinen Bildungschancen eingeschränkt werden. Das gilt für den Kindergarten ebenso wie für die Schule und den weiteren Bildungsweg. Die hohe Sonderschulrate in unserem Bundesland ist durch keine sachlichen Gründe zu rechtfertigen. Länder wie Brandenburg machen es vor: Wenn der politische Wille da ist, kann vielen behinderten und nichtbehinderten Kinder gemeinsames Lernen ermöglicht werden. Weil jedoch bundesweit bisher nur 5% der behinderten Kinder (Beilage Das Parlament, 8/2003) diese Möglichkeiten erleben können, ist es notwendig, gemeinsam mit BündnispartnerInnen aus Vereinen und Verbänden das System gemeinsamer schulisch-integrativer Erziehung und Bildung mittelfristig in ganz Deutschland durchzusetzen.

Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz haben wir auch in unserem Bundesland eine belastbare gesetzliche Grundlage, die nun verlässlich mit Leben gefüllt werden muss. Wir engagieren uns dafür, dass der hohe Grad an Sonderschulversorgung zugunsten einer Integration als Normalfall abgebaut wird. Hürden für integrationswillige Eltern müssen verschwinden und die Vernetzung der Leistungserbringer muss verbessert werden. Das investierte Geld muss den Kindern folgen und nicht die Kinder dem investierten Geld.

Leider gibt es keine verlässlichen Daten. Im Behindertenreport des Landes von 2001 gibt es keine Datenerhebung für die Bevölkerungsgruppe der Kinder und auch keine differenzierte Analyse der Beschulungspraxis. Nur in den abschließenden allgemeinen Empfehlungen heißt es: „Wesentliche Fortschritte (bei der gesellschaftlichen ‚Normalisierung‘ - I.B.) könnten mittelfristig auch dann erreicht werden, wenn die Kultuspolitik des Landes eine entschiedenere Förderung integrativer Bildung betreiben würde. Gemeinsame Sozialerfahrungen im Kindesalter tragen erwiesenermaßen dazu bei, den Leitgedanken „Es ist normal, verschieden zu sein.“ zu verinnerlichen“ (Berichtsband Behindertenreport LSA 2001, S. 33) Dieser Kommentar ist ebenso wie das Behindertengleichstellungsgesetz in Sachsen-Anhalt vor dem Regierungswechsel zu CDU/FDP entstanden. Seitdem ist das Klima für Integration eher schlechter geworden, insbesondere wenn man erinnert, wie der Ministerpräsident in seiner Begrüßungsrede zur zentralen Auftaktveranstaltung für Deutschland zum EJMB in Magdeburg agierte. Seine Bemerkungen über Eltern in Dessau, die ihre geistig behinderten Kinder nicht in die Sonderschule schicken wollen, sind zu Recht heftig auch von uns kritisiert worden.

Unsere Forderung nach Aufnahme von Eltern behinderter Kinder und von Angehörigen behinderter Menschen in die Antidiskriminierungsklauseln des Gesetzes sind seinerzeit nicht berücksichtigt worden. Nach einer solchen Rede des Regierungschefs wird diese Forderung relevanter denn je.

Die Vorbehalte gegenüber Integration sind wie auf der Regierungsbank auch in der Bevölkerung sehr hartnäckig. Deshalb ist es gut, dass es Schulen gibt, die beispielgebend sind und beweisen, dass **alle** Kinder und auch die LehrerInnen und Eltern davon profitieren, wenn Kinder mit verschiedenen Fähigkeiten und unterschiedlichen Handikaps miteinander lernen und leben können. Nur so kann es auch langfristig gelingen, ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Integration der Normalfall ist.

Vielen Schulen ist das Anliegen, behinderte Kinder in den Schulalltag zu integrieren, noch fremd. Es gibt bisher in Sachsen-Anhalt nur wenige Beispiele, wo Kindern mit besonderem Förderbedarf die Chance eröffnet wird, mit nichtbehinderten Kindern gemeinsam zu lernen. Das muss sich ändern. Auch wenn das seit Jahren auf unseren landespolitischen Veranstaltungen und dem jährlich stattfindenden Integrationstag in Sachsen-Anhalt gefordert wird, zeigt die Realität doch, dass Eltern mit behinderten Kindern nicht auf die erforderliche Akzeptanz stoßen, um ihre Anliegen umzusetzen. Oft müssen Eltern, neben den persönlichen Belastungen, die das Leben mit einem Kind mit Behinderung mit sich bringt, erfahren, wie schwer es ist, seinem Kind ein normales Leben zu bieten. Die Ignoranz der Schulämter und der fehlende Wille der Schulleitungen verunmöglichen oft praktikable Lösungen. Deshalb wollen wir die Verankerung und Umsetzung des Elternwahlrechtes bei der Entscheidung für die Schule, die das Kind besuchen soll.

Politik für behinderte Menschen hat in der Bürgerrechtspartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine lange Tradition. Minderheiten und deren Interessen zu vertreten ist für uns Menschenrechtspolitik.

Auch wenn die rot-grüne Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode das zersplitterte Recht zur Rehabilitation und zur Teilhabe behinderter Menschen im SGB IX vereinfacht und zusammengefasst hat und auch wenn es im Laufe der Sozialhilfereform jetzt ein persönliches Budget geben wird, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch nicht zufrieden. Das geplante Antidiskriminierungsgesetz liegt auf Eis, weil vom federführenden Justizministerium blockiert wird, dass Diskriminierungsverbote für alle Bevölkerungsgruppen, die dieser Gefahr ausgesetzt sind, wie eben auch Behinderte, gelten sollen. Wir halten das für unabdingbar, auch wenn mit dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz von 2002 bereits eine bessere rechtliche Situation gewährleistet ist, als je zuvor.

Politik im Sinne von Menschen mit Behinderungen bedeutet für uns aber auch, Wegbereiter für ein behindertenfeindliches gesellschaftliches Klima insgesamt auszubremsen. So kämpfen wir seit einiger Zeit auch auf Europäischer Ebene für die Einhaltung ethischer Standards bei der Gendiagnostik, gegen Präimplantationsdiagnostik (PID) und gegen die Aufweichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Embryonenforschung. In Deutschland ist unter rot-grün nur aufgrund unseres Engagements die Öffnung zur PID verhindert worden.

Politik für Menschen mit Behinderung bedeutet aber auch für jeden von uns, im Alltag dazu beizutragen, dass Menschen mit Handikaps nicht behindert werden. Solange Barrierefreiheit noch keine gesellschaftliche Realität ist, sollten wir alle unkompliziert und flexibel mit all unserer Verschiedenheit umgehen.